



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Poschinger, Heinrich von: Sieben unveröffentlichte Briefe des
Staatsministers Freiherrn von Manteuffel zur Zollvereinskrise von 1852

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Sieben unveröffentlichte Briefe des Staatsministers Freiherrn von Manteuffel zur Zollvereinskrisis von 1852

Von Heinrich von Poschinger



ereits im Dezember 1849 und dann im Mai 1850 war das Wiener Kabinett mit dem Gedanken hervorgetreten, die Zollgesetzgebung und die Zollpolitik für ganz Deutschland anstatt wie bisher durch den Zollverein durch die Bundesgewalt in Gemeinschaft mit einem großen durch sachverständige Kommissionen verstärkten Bundesrat zu regeln. Auch auf den Dresdner Verhandlungen, die die Reaktivierung des alten Bundestags zum Ziele hatten, wurde darüber verhandelt, jedoch ein praktisches Ergebnis nicht erzielt. Die Absicht aber blieb bestehen, und so wählte die Bundesversammlung gleich nach ihrer Neukonstituierung (10. Juli 1851) einen sogenannten handelspolitischen Ausschuß, der die formelle Aufgabe erhielt, die auf den Dresdner Konferenzen unerledigt gebliebenen Verhandlungen im Gebiete der Handelsgesetzgebung zu prüfen, tatsächlich aber das Instrument werden sollte, die Leitung des Zollvereins aus den Händen Preußens zu winden und zur Bundesangelegenheit zu machen. Preußen war natürlich entschlossen, sich durch die österreichische Agitation auf seinem Wege nicht beirren zu lassen, und es faßte den Plan, den bisher noch nicht zum Zollverein gehörigen Norden von Deutschland, vor allem Hannover für sich zu gewinnen, um für alle Fälle einen territorialen Zusammenhang für den Handelsverkehr zwischen den eignen zerstückelten Provinzen und damit einen Ersatz für den Süden zu erlangen, falls dieser wirklich auf Betreiben Österreichs aus dem Verein ausscheiden sollte. Das die Welt überraschende Ergebnis langer, im stillen fortgesetzter Bemühungen war der am 7. September 1851 erfolgte Abschluß eines Handelsvertrags mit Hannover, wodurch es sich verpflichtete, mit den dem Vertrage beitretenden Steuervereinsstaaten am 1. Januar 1854 in einen gemeinschaftlichen Zollverband mit Preußen und den alsdann mit Preußen zollvereinten Staaten zu treten. Um den Septembervertrag zur Ausführung zu bringen, kündigte Preußen im November 1851 die Ende 1853 ablaufenden Zollvereinsverträge und lud gleichzeitig sämtliche bisherige Zollvereinsstaaten auf den 12. April 1852 zu einer Konferenz nach Berlin ein, um auf Grundlage des Vertrags mit Hannover einen neuen Zollverein abzuschließen.

Die Kunde von diesem Vorgang rief bei den andern deutschen Mittelstaaten eine gewaltige Aufregung hervor. Sie fanden in dem Vorgehen Preußens eine Rücksichtslosigkeit gegen ihre souveräne Würde und wurden darin lebhaft von Oesterreich bestärkt, das — als Gegenschachzug — auf Anfang Januar 1852 die Regierungen sämtlicher deutschen Bundesstaaten zu Verhandlungen über einen Zoll- und Handelsvertrag nach Wien berief, gleichzeitig aber, als Preußen die Teilnahme ablehnte, neben diesen offenen Erörterungen eine geheime Verhandlung mit Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden, beiden Hessen und Nassau führte.

Während sich die süddeutschen Staaten mit Oesterreich ohne Schwierigkeit über den Inhalt eines bedeutungsvollen Handelsvertrags und über die Wünschbarkeit der vollen Zolleinigung verständigten, hatten sie andrerseits keine Neigung, durch einen österreichischen Zollverein ohne Preußen lediglich den Herrn zu wechseln. Preußen, sicher darauf rechnend, daß die Fortdauer des preußischen Zollvereins für die süddeutschen Industriellen ein Lebensbedürfnis sei, erklärte denn auch sogleich, daß von der Unterhandlung über einen österreichischen Handelsvertrag erst dann die Rede sein könne, wenn der Zollverein auf Grund des Septembervertrags neu konstituiert sei, während Oesterreich und die demnächst in Darmstadt koalitierten sieben Staaten die Gleichzeitigkeit der beiden Unterhandlungen beehrten. An dieser Formfrage entzündete sich die diplomatische Aktion, an der für Württemberg der Privatsekretär des Königs, Staatsrat Klindworth, lebhaften Anteil nahm. Bemüht, den König aus den Garnen der Darmstädter Koalitierten zu befreien und zugleich eine diplomatische Spannung, die zwischen den Höfen von Berlin und Stuttgart seit einigen Jahren bestand, zu beseitigen, überhäufte er den Minister Manteuffel mit Berichten, worauf sich dieser veranlaßt sah, auch ihm gegenüber den Standpunkt der preußischen Regierung möglichst deutlich zu formulieren. Aus diesem Anlaß entstand die nachstehende, bisher unveröffentlichte Manteuffelkorrespondenz.

* * *

Berlin, den 24. Juni 1852. Manteuffel an Klindworth.

Eurer Hochwohlgeboren habe ich zugesagt, über die bei Ihrer letzten persönlichen Anwesenheit besprochenen Gegenstände meine Ansicht nach Einziehung der erforderlichen Information schriftlich auszusprechen, und ich nehme, obwohl von allen Seiten mit Geschäften bestürmt, doch keinen Anstand, dies in Nachstehendem so gut zu thun, als es die Beschränktheit meiner Zeit gestattet.

Die Schritte, welche Eure Hochwohlgeboren als von hier aus zu ergreifende Initiative vorgeschlagen hatten, haben Bedenken und Anstand gefunden. Diese beruhen keineswegs auf einem Verkennen des gegenwärtigen wichtigen Moments und noch weniger auf Mangel an Vertrauen in die Person Sr. Majestät des Königs von Württemberg als vielmehr in einer gewissen Zurückhaltung, welche manche in letzter Zeit gemachte Erfahrungen anzurathen scheinen. Von allen Seiten werden Preußen hegemonische Gelüste vorgeworfen. Ich halte diesen Vorwurf für einen

Anachronismus, aber er besteht und ist in den Zoll-Angelegenheiten wiedergekehrt. Wir glaubten dem Zoll-Verein einen Dienst zu erweisen, indem wir den Vertrag mit Hannover abschlossen und dazu freilich den einzigen möglichen Weg betraten. Man wirft uns Eigenmächtigkeit vor und antwortet mit einem Bündniß gegen Preußen. Dieses Bündniß führt zu Gefahren, die wir keineswegs verkennen, die wir beklagen, gegen die wir aber uns durch einfaches Zurückziehen auf uns selbst uns schützen zu können glauben. Würde man es uns nicht wieder als Eindringen in fremde Angelegenheiten vorwerfen können, wenn wir die Bethelligten auf diese Gefahren aufmerksam machen und eine Warnung ergehen lassen wollten, zu der man uns die Legitimation bestreiten könnte?

Ich weiß wohl, daß es überhaupt nicht und am wenigsten Eurer Hochwohlgeboren schwer werden möchte, gegen diese Auffassung Einwürfe geltend zu machen; darauf dürfte es aber in diesem Augenblick weniger als vielmehr darauf ankommen, daß sie wirklich besteht. Dagegen halte ich die Frage allerdings für gerechtfertigt: Was ist unter solchen Umständen zu thun? Auch hier halte ich mich nicht zur Ertheilung eines Rathes sondern nur zur Darlegung meiner unmaßgeblichen Meinung ermächtigt. Es scheint mir vor allen Dingen darauf anzukommen, daß die noch immer unterbrochenen diplomatischen Verbindungen*) zwischen den beiden protestantischen Königs-Höfen in Deutschland baldigst wiederhergestellt werden. Es kommt dabei weniger auf die Personen, durch welche dies geschieht, als darauf an, daß die Thatsache vorhanden ist. Zu meinem Bedauern kann ich vorläufig einen andern Vertreter als den dort noch accreditirten**) nicht nennen, ich kann aber hinzufügen, daß seine Instructionen nicht nur ganz zufriedenstellend, sondern daß auch seine Gegenwart nur eine vorübergehende sein wird. Es würde die Grenze meiner Zeit überschreiten, wollte ich die Gründe, welche es bisher unmöglich gemacht haben, für diesen Diplomaten einen geeigneten Ersatzmann zu substituiren, hier darlegen, dieselben sind indeß nur temporärer Natur und werden hoffentlich bald beseitigt sein. Dennoch muß ich meinen Wunsch wiederholen, von deren Eintreten die Anknüpfung diplomatischer Verbindungen nicht abhängig gemacht zu sehen.

Eure Hochwohlgeboren wollen in dem Inhalte meines Briefes nicht den Ausdruck meiner Bestrebungen und Betrachtungen, sondern das wahrheitsgetreue Bild gegebener Verhältnisse erkennen; auf die ersten kommt es überhaupt nicht an, das letzte aber ist für den Staatsmann, der Ersprießliches wirklich erreichen will, von Werth.

Berlin, den 24. Juni 1852. Manteuffel an Rindwirth. Vertraulich.

Von dem französischen Schreiben***) habe ich mit großem Interesse Kenntniß genommen und werde davon den geeigneten Gebrauch machen. Das Original des Allerhöchsten Handschreibens†) schließe ich wieder bei.

Ihr Schreiben††) kam hier an, als der König, mein Herr, bereits abgereist war. Ich werde Seine Majestät nicht begleiten; vielleicht reise ich bis Cöln oder Düsseldorf entgegen, um unterwegs zu arbeiten.

*) Seit 1849 bestand eine Spannung zwischen den Höfen von Berlin und Stuttgart infolge einer den König Friedrich Wilhelm den Vierten verletzenden Wendung in einer Thronrede des Königs von Württemberg, die bis zu einem tatsächlichen Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen den beiden Höfen führte.

**) Herr von Sydow.

***) Rindwirth theilte unter dem 20. Juni dem Minister Manteuffel das Résumé einer Unterhaltung des Prinz-Präsidenten Napoleon mit der Prinzessin Lieven mit.

†) Gemeint ist ein Handbillet des Königs von Württemberg an Rindwirth vom 18. Juni 1852.

††) Gemeint ist ein Rindwirth'sches Schreiben vom 20. Juni 1852.

Auf Ihren Wunsch habe ich das anliegende ostensiblen Schreiben*) aufgesetzt. Ob Eure Hochwohlgeboren dasselbe vorlegen wollen, überlasse ich ganz Ihrem Dafürhalten. Anderes habe ich, ohne von der Wahrheit abzuweichen, nicht füglich schreiben können. Ich bedauere recht sehr, daß ich wegen überhäufte Geschäfte Eurer Hochwohlgeboren nicht so ausführlich antworten kann, als es die Materie erfordert, als ich wünschte und als Ihr geehrtes Schreiben mir Veranlassung bietet.

Ebenso bedauere ich lebhaft, daß ich mich in meinem letzten Schreiben so undeutlich ausgedrückt haben muß, daß ich in den wesentlichsten Punkten mißverstanden bin. Wenigstens kann ich mir es nicht anders erklären, wenn die drei Punkte, welche Eure Hochwohlgeboren als die wesentlichsten meiner Auseinandersetzung bezeichnen, nach meiner Auffassung sämtlich unwichtig sind. Eure Hochwohlgeboren glauben auf Grund meines Briefes annehmen zu müssen:

1. Daß wir ein specielles Einverständnis mit Württemberg in der Zollfrage nicht wünschen. Ich kann das Gegentheil versichern und glaube dies auch ausgesprochen zu haben. Ich persönlich würde es für ein großes Glück halten, wenn Württemberg die schöne Aufgabe, den drohenden Bruch abzuwenden, übernehmen wollte; eine andere Frage aber ist es, ob Preußen dazu in der angedeuteten Weise die Initiative ergreifen kann, und noch eine andere Frage, ob dies unter den einmal so bestehenden Verhältnissen geschehen kann. Nur diese Frage habe ich verneint, und was man auch gegen diese Verneinung anführen mag, ich glaube, der alte Satz schlägt hier durch: *ultra posse nemo obligatur*.

2. Folgern Eure Hochwohlgeboren, daß wir aus finanziellen Gründen die Zoll-Vereins-Verträge nicht erneuert wissen wollen. Das ist eben so wenig richtig. Wir wünschen die Erneuerung dieser Verträge wahrhaft, aber wir müssen zur Erreichung dieses von uns gewünschten Zweckes uns auf die Anwendung von Mitteln beschränken, die nach unserer äußeren und inneren Lage möglich sind, wir müssen bei Anwendung der Mittel prüfen, ob die Verluste nicht größer sind, als die Vortheile, die die Erreichung des Zweckes gewährt, und wir müssen endlich unsere Rückzugslinie mit unbefangenen Auge prüfen. Daß letztere uns große und wesentliche Vortheile bietet, kann ich nicht läugnen, und ich habe der Wahrheit gemäß mir erlaubt, Ihnen zu sagen, daß diese Vortheile in der öffentlichen Meinung immer mehr Anerkennung finden. Ich weiß sehr wohl, daß dieselbe öffentliche Meinung ganz anders sprechen wird, wenn wir erst dazu schreiten werden, die Zolllinien wiederherzustellen, wozu jetzt bereits die Vorarbeiten gemacht werden, das wird mich aber ebensowenig irre machen in der Ausführung, als die öffentliche Meinung mich jetzt abhält, die Zerspaltung des Zollvereins als ein Mißgeschick zu betrachten, welches Preußen zwar noch am besten tragen kann, unter welchem es aber durch die Rückwirkung doch recht empfindlich zu leiden haben würde.

Wenn Eure Hochwohlgeboren sagen, man wollte Württemberg Oesterreich in die Arme treiben, so ist das thatsächlich nicht richtig; dagegen glaube ich allerdings, daß mit dem fruchtlosen Verlauf des Zoll-Congresses der Zollverein selbst noch nicht für alle Ewigkeit gelöst ist. Vielleicht wird der Versuch einer Zoll-Einigung unter österreichisch-baierischem Primat uns in einiger Zeit um so zuverlässigere Bundes-Genossen zuführen, und ich kann mir nicht denken, daß man dort auf eine ewige Zollgemeinschaft einzugehen geneigt sein möchte. Fürst Metternich hat sich schon manchmal geirrt; ich halte es nicht für unmöglich, daß die Erreichung seines Zweckes, den Zollverein zu sprengen, ihm die entgegengesetzten Früchte trägt.

3. Setzen Eure Hochwohlgeboren voraus, daß wir als *conditio sine qua non*

*) Die vorhergehende Urkunde.

die Rückkehr des Herrn v. Sydow verlangten. Eure Hochwohlgeboren kann ich mit der Offenheit, die Sie an mir kennen, versichern, daß mir nichts persönlich unangenehmer ist, als daß es mir nicht gelungen, diesen Mann, von dem ich weiß, daß er unserem Interesse dort nicht förderlich ist, schon jetzt außer Betracht zu bringen; wie die Dinge einmal liegen, habe ich das aber nicht schon jetzt erlangen können, habe aber dafür die Gewißheit, daß seines Weibens bei Ihnen nicht lange sein wird.

Am meisten bedaure ich, daß Eure Hochwohlgeboren persönlich durch von Scheele verlegt zu sein scheinen. Hätte ich mehr Zeit, so schriebe ich Ihnen darüber ausführlicher, da mir es aber an diesem wichtigen Dinge fehlt, so muß ich mich darauf beschränken, Ihnen zu sagen, daß nach meinem Dafürhalten in der rückhaltlosen und vertrauensvollen Art, wie ich mich noch heute gegen Sie ausspreche, der beste Beweis liegen dürfte, daß von einer persönlichen Rücksicht in der Sache nicht die Rede sein kann.

Ich füge in Erwiderung auf Ihre Anfrage noch hinzu, daß der König, mein Herr, sich immer in anerkennender Weise über Eure Hochwohlgeboren ausgesprochen hat, und daß ich nicht bezweifele, er werde Sie, wenn Sie ihm am Rhein aufwarten wollen, gern empfangen.*) Freilich wird seine Zeit sehr occupirt sein.

Berlin, den 17. Juli 1852. Manteuffel an Rindworth. Vertraulich. (Bestätigung des Empfangs von Rindworths Schreiben vom 12. d. M.)**)

Da nach den vielfältig dargelegten Absichten Ihres Durchlauchtigsten Herrn die uns zugehenden Mittheilungen in der Zoll-Angelegenheit als höchst persönlich von Souverän zu Souverän geschehend anzusehen sind, so habe ich mich natürlich beeilt, dem Könige, meinem Allernädigsten Herrn die ganze souveraine Expedition vorzutragen. Eine andere Feder giebt Ihnen Kunde von der Aufnahme, welche jene Sendung hier Allerhöchsten Orts gefunden hat.

In der Sache selbst enthält die beiliegende kurze Denkschrift***) die diesseitige Erwiderung auf die uns geschehene Mittheilung. Wir bezweifeln nicht, daß S. M. der König von Württemberg nunmehr die von Allerhöchstdemselben vorbereiteten Schritte mit der besten Aussicht auf entscheidenden Erfolg thun werde.

Wie Eure Hochwohlgeboren uns sagen, hegen Seine Majestät den Wunsch, näher davon unterrichtet zu werden, ob und in welcher Weise die auf den Antrag der in Rissingen versammelt gewesenen Minister von dem Grafen Nesselrode eingelegte Verwendung gewirkt hat. Ich trage kein Bedenken, auch diesem Wunsche mit aller Offenheit in gegenwärtigem vertraulichem Schreiben zu entsprechen.

Es ist richtig, daß der Graf Nesselrode von Rissingen aus einen Bericht über die Sachlage an S. M. den Kaiser erstattet hat, und daß Seine Majestät daraus Veranlassung genommen haben, bei Allerhöchst Ihrer Anwesenheit hier selbst mit mir darüber zu sprechen. Ich habe es für meine Schuldigkeit gehalten und meine Pflicht erfüllt, indem ich dem Kaiser die ganze Sachlage, die Stellung der diesseitigen Regierung und die Unmöglichkeit dargelegt habe, in welcher wir uns befinden, von dem bisherigen Wege unsererseits abzuweichen. Allerhöchstdieselben haben mir hierauf zu erkennen gegeben, daß Sie die Umstände in ihrer ganzen Bedeutung

*) Rindworth wurde tatsächlich bald darauf (Sommer 1852) von dem König von Preußen in Stolzenfels empfangen.

**) Rindworth berichtete darin über das Ergebnis der Rissinger Zollkonferenz. Zwischen dem 10. und 14. August 1852 fanden in Stuttgart Beratungen der Minister von Bayern, Sachsen, Württemberg, der beiden Hessen und Nassau statt, um sich über die in Berlin bei der Wiedereröffnung der dortigen Zollkonferenz abzugebenden Erklärungen zu einigen.

***) Vgl. die folgende Urkunde.

würdigen und, wenn auch fortdauernd von dem Wunsche durchdrungen, ein freundliches Einvernehmen zwischen Preußen und Oesterreich gesichert zu sehen, doch in den Gang der Zollvereins-Angelegenheiten, wie wir solchen angenommen, Sich nicht einzumischen gedächten. Hieraus ergibt sich, daß das Petersburger Kabinet, weit entfernt, unserem Gange hinderlich sein zu wollen, vielmehr demselben förderlich sein und äußersten Falles der Entwicklung der Sache nur neutral bleiben wird.

P. S. Nach dem Schlusse obigen Schreibens erhalte ich die von Curer pp am 14. d. M. zur Post gegebene Notiz,*) für welche ich mich beeile, Ihnen meinen verbindlichsten Dank auszudrücken. In der Sache selbst können die neuen gesteigerten Vorschläge des Herrn von der Pforden auf unsere Entschliefungen von keinem Einfluß sein.

Berlin, den 17. Juli 1852. Denkschrift des Ministers Manteuffel, betreffend die Stellung Preußens zu Württemberg in der handelspolitischen Frage.

Nach Inhalt der durch den Königlich württembergischen Kabinet=Courier F. Koppel hierher gelangten Mittheilung vom 12. d. M. haben Seine Majestät der König von Württemberg Ihnen ausdrücklichen Wunsch dahin zu erkennen gegeben, daß man in der Zollvereins-Angelegenheit preußischer Seits

1) vor der zu erwartenden Kollektiv-Antwort von Bayern, Sachsen pp. keine weitere Aufforderung oder sonstige Eröffnung an die Vereins-Regierungen in dieser Angelegenheit möge ergehen lassen, dagegen

2) sobald die Antwort der betreffenden Regierungen in Berlin eingegangen, dieselbe mit einem einfachen *accusé de réception* erwidere, gleichzeitig mit dieser Empfangsanzeige aber den sämtlichen Zoll-Verbündeten das preußischer Seits beschlossene Ultimatum mit einer, wenn möglich, nicht allzu kurz gestellten Frist, allenfalls aber mit der beigefügten ausdrücklichen Erklärung bekannt geben möge, daß man preußischer Seits die weitere Verweigerung der fraglichen Verhandlungsbasis über jene Frist hinaus als ein faktisches Aufgeben der in Berlin tagenden Zollkonferenz und als ein Mittel, Preußen zum Zollverbandsaustritt zu zwingen, unfehlbar ansehen werde.

Bei bereitwilliger und eingehender Erwägung dieser Wünsche hat man diesseits mit lebhafter Befriedigung erkannt, wie weit dieselben dem Standpunkt entsprechen, welchen die preußische Regierung in der Zollvereins-Angelegenheit angenommen, und über welchen sie sich vor und bei Beginn der hiesigen Verhandlungen sowie während derselben wiederholt ausgesprochen hat. Indem die diesseitige Regierung in den von Seiner Majestät dem Könige von Württemberg ihr zugegangenen Mittheilungen den höchst erfreulichen Beweis findet, daß dieser Durchlauchtigste Souverän von der für uns obwaltenden Nothwendigkeit, auf dem zur Erhaltung des Zollvereins angenommenen Standpunkte unwiderruflich zu beharren, überzeugt und Allerhöchst Selbst zur Lösung der Zollvereins-Angelegenheiten zu wirken bemüht ist, wird sie die oben gedachten Wünsche Seiner württembergischen Majestät, soweit es ihr die Lage der Verhandlungen gestattet, gern und entgegenkommend berücksichtigen.

Man wird indeß zu 1 in dem Falle, daß die zu erwartende Kollektiv-Antwort der bezeichneten Regierungen sich weiter verzögern sollte, diesseits nicht umhin können, mit einer neuen Aufforderung oder Eröffnung hervorzutreten, wozu die Nothwendigkeit auch darin vorliegt, daß das Material der sachlichen Verhandlung erschöpft ist. Ferner wird

*) Gemeint ist ein Klindworth'sches Schreiben vom 13. Juli 1852.

zu 2 in Ansehung der zu stellenden Frist und hinsichtlich bestimmterer Formulirung des diesfälligen Antrags eine nähere Erwägung nach Maßgabe der nicht mit unbedingter Gewißheit vorauszu sehenden Sachlage vorbehalten bleiben müssen.

Indem man somit preußischer Seits auf dem betretenen Wege vorzugehen entschlossen ist, würde Seiner Majestät dem Könige von Württemberg anheim gegeben bleiben, die beabsichtigten weiteren bemessen zu wollen.

Der von Seiten des Königlich bayerischen Minister-Präsidenten in Kissingen zur Sprache gebrachte Vorschlag, wie solcher aus den Anlagen der Eingangs gedachten Mittheilung hervorgeht, ist für Preußen völlig unannehmbar.

Berlin, den 1. August 1852. Manteuffel an Rindwirth.

Nach meiner Rückkehr von meinem Landstige eile ich, Eurer Hochwohlgeboren für Ihre Schreiben vom 21. und 24. v. M. meinen aufrichtigsten Dank auszudrücken. Der Inhalt dieser Schreiben und deren Anlagen ließen mich keinen Augenblick zweifeln, daß der König, mein allergnädigster Herr, davon mit dem größten Interesse Kenntniß nehmen würde. Ich habe daher Sorge getragen, dieselben Seiner Majestät unter Augen zu legen und bin beauftragt, Eurer Hochwohlgeboren auch im Allerhöchsten Namen für die neuesten Mittheilungen zu danken. In der Ihrem Schreiben vom 21. v. M. beiliegenden Antwort des regierenden Königs von Bayern an Seine Württembergische Majestät vom 17. v. M. spricht sich offenbar viel weniger die eigene Meinung dieses Monarchen, als die seines zettigen ersten Ministers aus, aber man ersieht zugleich sehr deutlich, durch welche Mittel der Minister den Willen seines Souverains bestimmt.

Ueber die Depesche des Grafen Buol vom 18. Juli stimmen unsere Ansichten so genau überein, — und in der That ist eine Meinungsverschiedenheit darüber bei unbefangener Auffassung ganz unmöglich, — daß ich mich jeder weiteren Aeußerung dieserhalb enthalten kann.

Herr von Beust ist gestern mit Herrn v. Schimpf nach Wien abgegangen. Gegenstand seiner Reise sind natürlich die Zoll-Vereins-Angelegenheiten und die zu treffenden Abreden über die Mittel aus der jetzigen spannenden Lage hinauszu kommen.

Auf ganz vertrauliche Weise erfahre ich, daß eine neue Zusammenkunft der in Darmstadt zusammengetretenen Gouvernements in Stuttgart zum 6. d. M. beabsichtigt würde. Man will dort eine neue, dem preußischen Standpunkt einigermaßen sich annähernde Rücksprache auf unsere Schluß-Erklärung für den 16^{ten} vorbereiten, indeß immer auf die Wiener Verhandlungen zurückkommen. Uebrigens soll man die Hoffnung aufgeben, von uns Nachgeben zu erlangen und sich auf das augenblickliche Abbrechen der Verhandlungen gefaßt machen. Herr von Beust wird als der Moteur dieses ganzen Planes betrachtet. Dabei wissen wir aber ganz gewiß, daß er seine Stellung für unhaltbar, sein ganzes Spiel für verloren erachtet, wenn es ihm nicht gelingt, Württemberg und Baden mit Sachsen, Bayern u. s. w. auf Eine Linie zu stellen. Er hofft zuversichtlich, daß dies in Stuttgart möglich sein werde. Eure Hochwohlgeboren werden dort sehr leicht und genau übersehen, wie weit meine vertraulichen Nachrichten gegründet sind. Wir rechnen mit vollem Vertrauen auf die Festigkeit Seiner Majestät des Königs Ihres allergnädigsten Herrn und würden Ihnen für eine weitere baldige Mittheilung über den Erfolg der von Ihnen entworfenen Circular-Depesche und den ganzen Gang der Verhandlungen, überaus verpflichtet sein.

Die mir gewogentlich übersandten Pariser Briefe haben meinem allergnädigsten Herrn wegen der seinen Beobachtungsgabe des Briefstellers sehr angesprochen.

N. S.

Wir werden den fünf Mächten, welche die letzte Erklärung abgegeben haben, morgen im diplomatischen Wege besonders antworten, um ihre Isolirung mehr festzustellen und um zu verhindern, daß man nicht im Laufe der Verhandlungen noch eine Gegenerklärung erwartet.

Herr v. Beust soll sich sehr unzufrieden über Graf Buol ausgesprochen haben, der die Dinge nicht verstehe und in seinen Forderungen zu weit gehe. Er wird aber, wie ich aus Wien vernehme, dort harte Ohren und Herzen finden. Die Reise des Kaisers hat das Buol'sche System gestärkt, und dieser Minister soll glauben, daß Oesterreich jetzt Alles durchsetzen könne, auch der Moment gekommen sei, wo man die Bundesgenossen auch gegen ihren Willen zwingen und entweder die Zollvereinigung mit Oesterreich erobern oder wenigstens den Zoll-Verein gründlich sprengen können, was man in Wien schon für einen Erfolg halten würde. Herr v. Beust hat versichert, mit Württemberg fertig zu werden, würde ihm ein Leichtes sein, er kenne Herrn v. Neurath genügsam. Noch ein journalistisches Curiosum: vor einigen Tagen ließ ich bei einigen hiesigen Litteraten 2. und 3. Ranges eine Haussuchung halten, um in dieserseits etwas terreur zu bringen; bei einem der Angehörigen dieser sauberen Menschenklasse, einem wahrhaft schmierigen Juden Hirsch fand sich ein eigenhändiger Zeitungs-Artikel von Seiner Excellenz v. Prokesch, natürlich gegen uns. Bei der Vernehmung hat der Hirsch ausgesagt, daß seit längerer Zeit der Ritter v. Osten ihn mit derartigen Autographen und entsprechender Bezahlung für die bewirkten Insertionen versehe. Vertrauen weckt Vertrauen!

Berlin, den 3. August 1852. Manteuffel an Rindworth. (Ausdruck des Dankes für eine Rindworth'sche Mitteilung vom 31. Juli.)

Ueber Ort und Zeit der projektirten Zusammenkunft wird man in Stuttgart wahrscheinlich die sichersten Nachrichten haben. Von Freiherr von Beust's Vorschlägen und seiner Stimmung glaubt man hier wohlunterrichtet zu sein, was aus München zu erwarten ist, scheint freilich noch viel weniger ermunternd. Allein ganz offenbar liegt die wahre Entscheidung über die Koalition weder in München noch in Dresden, sondern im königlichen Schlosse zu Stuttgart, und wir sind darüber völlig beruhigt. Der Wind für Wiesbaden wird benutzt.

Mit wahrer Spannung werden die verheißenen ferneren Mittheilungen erwartet und den aufrichtigen Dank vermehren, zu dessen Bethätigung die Zeit hoffentlich bald gekommen sein wird.

Berlin, den 7. September 1852. Manteuffel an Rindworth.

Die anliegende Cirkulardepesche wird über die wesentlichsten gestellten Fragen Antwort geben. Eine Veröffentlichung der geheimen Stuttgarter Abreden erscheint zur Zeit nicht am Ort.

Die gouvèrnementale Presse ist angewiesen, sich jeder Verunglimpfung Oesterreichs zu enthalten. — Wenn ganz selbständige süddeutsche Blätter auf die von da drohenden Gefahren aufmerksam machen, so wird dagegen gewiß nichts zu erinnern sein, ebensowenig in der außerdeutschen Presse.

Herr v. Prokesch ist sehr mißgestimmt über die letzte Wendung der Dinge. Hier wird das Gerücht verbreitet, Cure Hochwohlgeboren suchten im österreichischen Interesse Haß und Mißtrauen zu säen.

Berlin, den 17. September 1852. Manteuffel an Rindworth.

Curer Hochwohlgeboren beide Zuschriften vom 14. d. M. sind mir gestern richtig zugekommen. Es bedarf nicht der besonderen Vorsicherung, welches hohe Interesse

die mir durch Eure Hochwohlgeboren gewordenen Mittheilungen gewähren; in dem über das Schicksal der Zollvereins-Verhandlungen entscheidenden Augenblick bringen diese Mittheilungen Licht in das Dunkel des gegen Preußen gerichteten Treibens.

Das mir höchst schmeichelhafte Schreiben Seiner Majestät des Königs von Württemberg vom 12. beantworte ich in der versiegelten Anlage, von welcher ich für Eurer Hochwohlgeboren gefällige Kenntnißnahme eine Abschrift von ganz vertraulicher Hand beifüge. Ich darf hoffen, daß Sie mit Inhalt und Fassung meiner Antwort einverstanden sein werden. Zur näheren Erläuterung derselben füge ich noch hinzu, daß Preußen, nach fruchtlosem Verlaufe der ersten Hälfte Septembers, die Verhandlungen ohne Zuziehung der Bevollmächtigten der Darmstädter Coalition, allein mit denen des Steuer-Vereins, von Thüringen und Braunschweig fortsetzt, daß aber damit noch nicht der Ausschluß irgend eines bisherigen Zollvereinsstaates ausgesprochen ist. Namentlich hoffen wir, daß Württemberg und Baden durch Eingehen auf die diesseitigen letzten Erklärungen uns bald in den Stand setzen werden, eine umfassendere Verhandlung zu eröffnen. Für diesen Fall haben wir die beste Hoffnung, daß beide Hessen, denen natürlich Nassau folgen müßte, sich nicht länger ausschließen würden.

Dem Resultate der Münchener Konferenz sehen wir mit Spannung entgegen, sind indeß auf jede Eventualität vorbereitet. Jede Nachricht über den Verlauf und das Resultat der dortigen Besprechungen wird uns willkommen sein.

Obwohl ich die Gründe achte, welche Eure Hochwohlgeboren zur Zeit von Stuttgart entfernt halten, so muß ich doch bedauern, daß der König, Ihr Herr gerade jetzt Ihres Rathes entbehrt, und dem Einflusse der von Ihnen näher bezeichneten, den österreichischen Interessen unbedingt ergebenen Personen überlassen ist. Hoffen wir, daß Ihre Rückkehr nach Stuttgart durch einen entschiedenen Umschwung ohne Verzug herbeigeführt werden möge.

Nur wenige Tage nach Abfassung des zuletzt erwähnten Manteuffel-Briefes erklärte die preussische Regierung in einer Zirkulardepesche vom 27. September, daß sie die Berliner Zollkonferenz als abgebrochen betrachte und künftig nur noch mit den einzelnen Regierungen verhandeln wolle. Damit war die Höhe der Krisis erreicht. Bald nachher, wie so häufig in ähnlichen Fällen, machte sich das Bedürfnis des Einlenkens auf allen Seiten fühlbar, und es kam im Februar 1853 ein Vertrag zwischen Oesterreich und Preußen zustande, der als eine Art Kompromiß der bisher entgegenstehenden Standpunkte bezeichnet werden kann, indem er dem Wiener Hofe zwar nicht den Abschluß der großen Zollunion, aber doch die Eröffnung von Verhandlungen darüber im Jahre 1859 zusagte und die Richtung darauf durch mehrere, sogleich in Wirksamkeit tretende Bestimmungen betätigte. Wenige Wochen darauf war auch die Rekonstruktion des Zollvereins auf der Basis des Septembervertrages eine vollendete Tatsache.

